

Veräusserung der Kirchengüter

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Freiburger Geschichtsblätter**

Band (Jahr): **9 (1902)**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fünftes Kapitel.

Veräußerung der Kirchengüter.

Nach kirchlichem Recht ¹⁾ darf das Kirchengut in der Regel nicht veräußert werden. Unter Veräußerung wird nicht nur die Hingabe von kirchlichem Eigentum durch Verkauf, Schenkung, Tausch, sondern auch jede Handlung verstanden, welche das Kirchenvermögen beschwert, schmälert oder beeinträchtigt, so z. B. Verpfändung, Servitut, Emphyteuse u. s. w. Das Veräußerungsverbot beschränkt sich auf Immobilien, Kostbarkeiten und konsekrirte Sachen, nicht aber auf solche bewegliche Sachen, wie Früchte oder Gegenstände von ganz geringem Wert. Eine Veräußerung kann ausnahmsweise geschehen, wenn eine *justa causa* vorliegt. Als solche gilt im kirchlichen Recht eine *urgens necessitas* (notwendiger Neubau, wenn Schulden der Kirche nicht anders bezahlt werden können), eine *evidens utilitas ecclesiae* (wenn daraus ein augenscheinlicher Vorteil für die Kirche erwächst), eine *christiana caritas* (Unterstützung der Armen bei Hungersnot u. s. w.). Ferner gehört dazu, daß die Veräußerung *cum debita solemnitate* und *cum consensu superioris ecclesiastici* geschehe. In Bezug auf die Zustimmung der kirchlichen Behörde, bedarf es seit dem Erlass der Constitution *Ambitiosæ* ²⁾ im Jahre 1468 durch Papst Paul II. zur erlaubten und giltigen Veräußerung von Kirchengut größeren Wertes der Erlaubniß des Papstes. Dieselbe Constitution setzt auch bestimmte Strafen fest, welche jene treffen, die ohne vorherige päpstliche Erlaubniß es wagen, Kirchengut von bedeutenderem Werte zu veräußern. Zu diesen Strafen gehört vor allem die Exkommunikation. Doch trifft nach dem Wortlaute des genannten Erlasses diese Strafe nur die mehr untergeordneten, zur Verwal-

¹⁾ c. 12, de rebus non alienandis X, III, 13; in VI^o, III, 9; in Clem. III, 4; Biederlax. Zur Veräußerung von Kirchengütern (Zeitschrift für kath. Theologie 1897, p. 378 ff); Grasshof, Die Gesetze der römischen Kaiser über die Veräußerung von Kirchengut (Archiv für kath. Kirchenrecht, Bd. 36, p. 203 ff); Loening, Geschichte d. deutschen Kirchenrechts I, p. 236 ff; II, p. 696 ff.

²⁾ Extravag. com. III, 4.

tung des Kirchenvermögens bestellten Organe, nicht auch die Bischöfe und Äbte, falls sie ohne Erlaubniß des heiligen Stuhles zur Veräußerung von Kirchenvermögen schreiten. Diese letzteren werden vielmehr mit dem Interdikt ab ingressu ecclesiae, das dann nach Verlauf von sechs Monaten durch die Suspension verschärft wird, bedroht¹⁾. Diese Bestimmungen hat Pius IX. durch die Konstitution Apostolicae sedis (12. Oktober 1869) im Wesentlichen erneuert²⁾. Auf Grund päpstlicher Vollmacht können auch Bischöfe innerhalb bestimmter Grenzen die kirchliche Erlaubniß zur Veräußerung von Kirchengut erteilen.

Die weltliche Gesetzgebung hat die kirchlichen Grundsätze über die Unveräußerlichkeit des Kirchenvermögens im wesentlichen anerkannt; im neueren Recht ist auch durchweg die Gültigkeit der Veräußerungen von der Zustimmung der Staatsbehörde abhängig gemacht.

Die älteste Synodalgesezgebung der Diözese Lausanne bringt in ihren Bestimmungen über die Veräußerung des Kirchenvermögens den kirchlichen Standpunkt prägnant zum Ausdruck und zwar, veranlaßt durch verschiedene Mißbräuche. Dieselbe ruft zuerst denjenigen, welche sich am Kirchengut vergreifen, die kirchlichen Strafen ins Gedächtniß und bestimmt über die Veräußerung von Kirchengut³⁾: « Item quoniam nonnulli sacerdotes ecclesiarum parochiarum et aliorum ecclesiasticorum beneficiorum rectoribus sepius comperti sunt, census, redditus, elemosinas, terras, possessiones, jura et alia bona ecclesiarum et beneficiorum suorum hujusmodi dare, quitare, remittere, vendere, alienare et in epheteosim perpetuam tradere in maximum dampnum, prejudicium et deteriorationem ecclesiarum et beneficiorum, hujusmodi inhibemus, ne quis ecclesie parochialis seu alterius beneficii ecclesiastici rector aut alius quicumque, census, redditus, elemosinas, terras, possessiones aut res alias seu

¹⁾ Biederlack, l. c. p. 378—79. Über die ursprüngliche Annahme dieser Konstitution in einzelnen Ländern, s. p. 379 ff.

²⁾ S. über das Verhältnis beider Konstitutionen Biederlack, l. c. p. 380 ff.

³⁾ Constitutiones synodales 1494, fol. 32^b. De alienatione bonorum ecclesiasticorum.

jura aut bona quecumque ecclesiarum et aliorum ecclesiasticorum beneficiorum dare, quitare, remittere, vendere aut alias quovis modo alienare presumat, nisi in casibus a jure permissis et servata in hac parte juris forma et prius super hiis nobis consultis, quod si secus factum fuerit, id totum nullius efficacie roboris vel momenti existere decernimus et nihilominus talis rector premissa attemptans penis excommunicationis et depositionis se noverit perplectendum. » Diese Bestimmungen wurden in den Synodalstatuten vom Jahre 1523 wiederholt ¹⁾.

Die weltliche Gesetzgebung beschränkte sich im wesentlichen darauf, den Besitzstand des Kirchengutes, hauptsächlich des Benefizialgutes, zu garantiren, indem sie Vorsorge traf, daß sowohl das Grundvermögen als die Einkünfte und Besitztitel gewahrt blieben. Die Civilbehörde trifft Vorkehrungen, damit die Rechtstitel und Schuldbriefe der Gottesglieder zum ihrem Nachteil nicht verloren gehen oder geändert werden und verlangt Hinterlegung der Rechtstitel bei einer amtlichen Stelle zur sicheren Aufbewahrung ²⁾. Der Rat stellt ferner Untersuchung in Stadt und Land an, um festzustellen, ob Kirchengüter veräußert werden und ob die Kirchenpatrone sich solche aneignen ³⁾. Derselbe trifft ebenfalls Anstalten, damit das Kirchengut nicht verschleudert würde ⁴⁾. Die heimliche Kammer protestirt dagegen, daß die Gottesglieder ihr Grundvermögen angreifen und ersucht den Rat, gegen diesen Mißbrauch einzuschreiten ⁵⁾. Der Rat erläßt die Verordnung ⁶⁾, daß die Veräußerung von Liegenschaften ohne seine Einwilligung nichtig sei. Den kirchlichen Korporationen gegenüber stellt sich der Rat auf den Standpunkt, daß nicht amortisierte Güter derselben unter weltlicher Jurisdiktion stehen und ohne Zustimmung der welt-

¹⁾ Constitutiones synodales 1523, § 42.

²⁾ Ratsmanual vom 13. 24. Mai, 13. Juni 1583, 4. Juni 1586, 11. Januar 1596, 12. Februar 1609, Projektbuch 1616 (Législ. et var. 57, fol. 341) u. s. w.

³⁾ Mandatenbuch III, fol. 34 (1 Dezember 1611).

⁴⁾ Mandatenbuch V, fol. 115^b (20. Sept. 1660).

⁵⁾ Projektbuch 1679 (Législ. et var. 58, fol. 135^a).

⁶⁾ Ratsmanual vom 5. September 1679.

lichen Behörde nicht veräußert werden können; bei Kirchengütern sei ferner die Approbation des Bischofes einzuholen. Auf wiederholte Eingabe der heimlichen Kammer, daß die Gottesglieder Grundvermögen veräußern¹⁾, wiederholte der Rat das frühere Verbot und ließ, auf Klagen der Vögte hin, in den Vogteien durch Generalmandat verkünden, daß Tausch und Verkauf von Dominalgütern jedermann, welchen Standes er sei, verboten ist, da solches zu großem Nachteil gereiche²⁾.

Die kirchliche Gesetzgebung der Diözese erneuerte Ende des 16. und im Laufe des 17. Jahrhunderts wiederholt das Verbot der Veräußerung der Kirchengüter. So bestimmen die Statuten von 1599³⁾:

« Bona ecclesiae, cum non ut domini, sed tamquam usufructuarii possideant (parochi), ne ea vel mutare vel alienare privata licentia ausint; que superiore tempore amissa fuerunt, ea per juramentum pro viribus recuperent. »

Ferner die Synodalstatuten von Bischof Watteville im Jahre 1625⁴⁾:

« Innovamus nova et antiqua jura contra eos, qui, vel ut comparent sibi benevolentiam suorum parochianorum, vel ne eos offendant et irritent, vel alio quovis prætextu, cedunt aliquid de suis juribus ecclesiasticis, sive decimis, sive primitiis, vel aliis quibuscumque cum maximo suæ ecclesiae et suorum successorum detrimento, necnon etiam novis se oneribus obligant vel alienant bona sive mobilia sive immobilia ecclesiae, iisdemque poenis et censuris tam excommunicationis quam aliis volumus subjacere, quibus ipso jure feriuntur. »

Bischof Strambino endlich bestimmte im Jahre 1665 über die Veräußerung von Kirchengut folgendes⁵⁾:

¹⁾ Projektbuch 1685 (Législ. et var. 58, fol. 157^{b)}.

²⁾ Ratserkenntnisbücher vom 24. November 1689; Mandatenbuch VI, fol. 12 (1. Dezember 1689).

³⁾ Statuta synodalia 1599, c. II § 8.

⁴⁾ Statuta synodalia 1625, § 22.

⁵⁾ Decreta et Constitut. synodales 1665, p. 114 cap. 49; de alienatione bonorum ecclesiasticorum. Cfr. Manuale curie episcopalis, den liber mandatorum und die Visitationsrecessse (Bischöfl. Archiv).

« Majorum nostrorum jura sectantes, firmiter prohibemus, quod nullus, cujuscunque status vel conditionis existat, domos, terras, possessiones et cæteras res immobiles, aut jura quæcunque ecclesiastica, seu quocunque modo ad ecclesias pertinentia, sicuti et omnia mobilia pretiosa ecclesiarum et sacristiæ absque nostra vel vicarii nostri speciali licentia vendere, alienare, distrahere modo aliquo, vel contractu, vel ad majus tempus duorum annorum, affectare seu obligare quoquo modo præsumat, directe vel indirecte, vel alio quæsito colore, qui secus fecerit, contractus ipsos irritos nunciamus et decernimus, ipso jure et ipso facto. »

Diese Bestimmung und die ablehnende Haltung des Bischofs der Einmischung des Rates in vermögensrechtliche Angelegenheiten der Kirche gegenüber brachten die geistliche Behörde in Konflikt mit dem Rate, welcher seinerseits behauptete, Kirchengüter können, auch von der geistlichen Behörde, ohne seine Einwilligung nicht veräußert werden. Der Rat erließ daher ein Generalmandat folgenden Inhalts ¹⁾: „Weil von Seite der hochw. Herrn Ordinarius, ihrer Fürstl. Gnaden des Bischofes von Lausanne pretendirt wird, in seiner Befugniß zu stehen, ohne unsere obrigkeitliche Einwilligung und auch ohne Wissen und Willen der Kollatoren und Patrone, liegende Güter der Stifter, Kleriseien, Pfarreien und anderer Benefizien, welche durch weltliche Priester versehen werden, verkaufen zu lassen, und weil wir nun solches aus guten Gründen von hoher Obrigkeit wegen nicht zugeben können, so ergeht unser obrigkeitliche Wille und ernster Befehl hiemit an alle unsere Untertanen und Angehörige, auch an Auswärtige und Fremde, daß niemand unter ihnen dergleichen in unserer Bittmäßigkeit liegende Güter wie oben gemeldet, ohne unser Wissen und vor ergangenem Befehl, unter Strafe der Konfiskation der gekauften Stücke, unternehmen solle. Dieser Befehl soll überall durch die Regierungstatthalter verkündet werden.“

Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts benützte der Rat, welcher sonst so eifersüchtig über den Bestand des Kirchenvermögens wachte, seine Stellung und seine Macht dazu, um die

¹⁾ Mandatenbuch VI, fol. 27^a (3. April 1696).

Klöster zur Veräußerung der nicht amortisirten liegenden Güter zu zwingen. Seit dieser Zeit sehen wir zahlreiche Beispiele von Exekutionen, Konfiskationen und Verkäufe von Klostergütern durch die exekutirende weltliche Behörde; wir finden auch Gesuche, welche die Klöster an den Rat um Verlängerung des Termins richten, um die Güter, welche sie in fähige Hände zu setzen gezwungen wurden, besser verkaufen zu können¹⁾. Im 18. Jahrhundert werden wiederholt vom Räte Vorkehrungen getroffen, damit die über eine festgesetzte Maximalgrenze gehende liegenden Güter der Klöster dem freien Verkehr übergeben, und falls es notwendig erschien, zwangsweise versteigert würden.

Die Verfügung des Rates vom Jahre 1696, daß die Veräußerung von Kirchengut an seine Zustimmung gebunden sei, scheint Erfolg gehabt zu haben; denn im Amortisationsmanual finden wir für das 18. Jahrhundert zahlreiche Gesuche seitens Pfarreien, Gotteshäuser, Spitäler, Klöster u. s. w. an den Rat um Ermächtigung zu Verkauf und Tausch²⁾. Der Rat wachte auch ferner darüber, daß der Bestand des Kirchen- und Stiftungsgutes gewahrt bliebe, sorgte für Erlegung der Schuldbriefe, für Restitution von Schulden, für Garantie der Besitzungen und deren Einkünfte³⁾. Gegen eigenmächtige Veräußerungen trat der Rat energisch auf. So wurde derselbe im Jahre 1776 durch einige Vorkommnisse veranlaßt, das frühere Verbot wieder einzuschärfen und den kirchlichen Korporationen zu verbieten, ohne obrigkeitliche Erlaubniß das Mindeste aufzubrechen, zu verpfänden, zu verkaufen und zu verbürgen, und zwar bei Strafe sowohl für die Gottesglieder als für die Notare, welche die Urkunden ausstellen⁴⁾. Ein Generalmandat, welches der Rat an sämtliche Korporationen erließ⁵⁾, erläuterte das Verbot dahin, daß es sowohl für das allgemeine Wohl als für die Korporationen (ob geistliche oder weltliche) sehr wichtig sei, daß ihre Güter nicht verschleudert würden; deshalb,

1) Amortisationsmanual, fol. 40, 43; Ratsmanual vom 29. Mai 1692.

2) Amortisationsmanual, fol. 83 ff.

3) Ratsmanual vom 10. Juni 1748, 16. November 1756, 8. Juli 1757, 5. Juli, 22. November 1771, 2. März 1784.

4) Ratsmanual vom 26. März 1776.

5) Mandatenbuch X, fol. 238 (26. März 1776).

um diesen Veräußerungen vorzubeugen, erlasse der Rat, als Bewahrer und Beschützer des Korporationsvermögens, in Wiederholung und Erneuerung der früheren Verordnungen, an sämtliche geistliche Genossenschaften, wie Klöster, Abteien u. s. w. das Verbot, ohne seine ausdrückliche Erlaubniß, auf irgend eine Weise, Güter zu verkaufen, zu vertauschen und mit Hypotheken zu beladen und zwar unter Verhängung einer arbiträren Strafe und unter Nichtigkeit des ausgestellten notariellen Aktes. Dieser Befehl soll zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Die neuere Gesetzgebung hält ebenfalls das Prinzip der Unveräußerlichkeit des Kirchengutes aufrecht. Die Gesetzgebung der helvetischen Republik verbietet sowohl die Veräußerung des nicht sequestrirten Vermögens auswärtiger Klöster ¹⁾, als des sequestrirten Vermögens schweizerischer klösterlichen Genossenschaften. Bezüglich letzterer werden folgende Bestimmungen erlassen ²⁾ :

« Il ne sera permis à aucune communauté religieuse ou couvent d'aliéner ses biens, fonds et droits à des personnes du pays ou à des étrangers, aussi longtemps qu'il seront sous séquestre.

Toute disposition à l'égard du mobilier est pareillement interdite aux abbayes et couvens pendant la durée du séquestre et chaque chambre administrative est chargée dans son ressort d'y veiller.

Il est néanmoins ³⁾ défendu à la dite maison (couvent du St-Bernard) ainsi qu'à tout autre monastère ou chapitre, d'aliéner aucuns biens-fonds ou droits, ou qu'ils puissent être situés ⁴⁾.

Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes sind folgende ⁵⁾ :

« Tous les couvens, chapitres, communautés ecclésiastiques qui seront convaincus par l'évidence du fait ou par le

¹⁾ Bulletin officiel de la chambre administrative I, p. 53.

²⁾ Bulletin I, p. 120 ff. (12. Juni 1798).

³⁾ Nach Aufhebung der Sequestration der Güter des Kloster St. Bernhard.

⁴⁾ Diese Bestimmung bezüglich des Klosters St. Bernhard wurde wiederholt am 18. September 1798 (Bulletin I, p. 345 § 24, al. 2).

⁵⁾ Bulletin I, p. 451 ff.

propre aveu de leurs membres, d'avoir soustrait des effets, des titres, du numéraire ou toute autre matière de valeur, seront invités en un seul et même jour à remettre les dits effets etc. à l'intendant du couvent nommé par les chambres administratives dans le terme de quinze jours, à dater de la communication. (Folgen die Strafbestimmungen §§ 2—4).

Les moines, chanoines ou autres membres des communautés religieuses qui, depuis la levée des inventaires, auront soustrait, aliéné ou dilapidé de leurs biens, seront soumis aux mêmes dispositions. »

Nach Wiederherstellung der alten Ordnung im Jahre 1803 wurde auch in Bezug auf die Veräußerung des Kirchenvermögens der frühere Zustand wieder hergestellt. Jede Handlung von vermögensrechtlichem Werte, also auch Verkauf, seitens der kirchlichen Genossenschaften, wurde an die Erlaubnis des Pflegers gebunden, welcher in wichtigeren Angelegenheiten sich die Zustimmung des Rates erholen mußte¹⁾. Diese Bestimmung in Bezug auf die Handlungsfähigkeit der Benefizien, Pfarreien und kirchlichen Genossenschaften wurde durch das Civilgesetzbuch gesetzlich festgelegt²⁾.

Auch die Diözesangesetzgebung hat die Bestimmungen über Veräußerung des Kirchenvermögens im Jahre 1812 erneuert. So verordnet Bischof Guisolan in seinen Synodalstatuten³⁾:

« Lex generalis est, beneficiatum non jure proprietatis. quæ ad ecclesiam spectat, sed solius ususfructus gaudere.... Itaque omnis venditio, donatio, permutatio, hypothecatio, cessio aliaque alienatio fundorum, jurium, obligationum, actionum aliorumque bonorum cujuscunque generis ad beneficium spectantium, seu immobilium seu mobilium, saltem pretiosorum, quæ servando servari possunt, est ipsis strictissime sub pœnis a jure præscriptis prohibita, nisi de facultate nostra et consensu superiorum, quorum interest, fiat; facta porro absque solemnitatibus præfatis irrita et invalida habetur: c. 5. nulli liceat, et: Si quis presbyter, 6^{to}. De rebus eccles. alien.

Omnis repudiatio juris delati, ut hæreditatis, legati,

¹⁾ Bulletin des lois III, p. 195.

²⁾ Code civil du canton de Fribourg § 13.

³⁾ Decreta et Constitutiones synodales. Friburgi 1812, p. 106.

donationis beneficio factæ, nequit etiam privata auctoritate et absque consensu nostro fieri a beneficiato. Neque licet huic vendere, alienare, aut ad patrimonium proprium adhibere res ex beneficio provenientes, ut ligna combustibilia, fimeta ex paleis beneficii aut ipsas paleas fœnumve aliaque similia, quæ ex sua natura ad beneficii ameliorationem destinantur, nisi superflua adsint, aut totidem beneficii bonificandi causa restituantur. De paleis ex decimis provenientius alia est ratio, si ex ipsis beneficii fundis sufficientes adsint ad ejusdem bonificationem. »

Die neueren gesetzlichen Bestimmungen der Civilbehörde über Veräußerung von Kirchenvermögen sind folgende: Die Regierung von 1848 verfügte ¹⁾:

« Les ventes d'immeubles (des biens du clergé) ne peuvent avoir lieu que sur l'autorisation préalable ou ensuite d'un ordre du Conseil d'Etat. Elles sont soumises à sa ratification. » Nach der Einsetzung der Centralverwaltungskommission im Jahre 1850 gehörte es zu deren Befugnissen « d'émettre son préavis auprès de la Direction des cultes pour toute... vente ou échange d'immeubles des biens du clergé ²⁾ ». Nachdem im Jahre 1856 ein Vertreter der geistlichen Behörde zur Oberverwaltungskommission zugezogen wurde, wurde auch die Diözesanbehörde in die Lage versetzt, sich über den Verkauf von Kirchengut äußern zu können ³⁾: « Tout projet de vente d'un immeuble faisant partie des biens du clergé, doit être communiqué à l'autorité diocésaine, pour la mettre en demeure de faire ses observations, dans un temps utile, que l'administration fixera et qui ne pourra pas excéder un mois. »

Nach der Restauration von 1857 wurde der Verkauf von Kirchengut sistirt ⁴⁾; die kirchliche und weltliche Behörde sollte sich verständigen, um den Bestand des Kirchengutes zu garantieren ⁵⁾.

¹⁾ Bulletin des lois XXIII, p. 200 (5. Juli 1848).

²⁾ Bulletin XXV, p. 306.

³⁾ Bulletin XXX, p. 149.

⁴⁾ Bulletin XXXI, p. 83.

⁵⁾ Bulletin XXXI, p. 138.

Gemäß Uebereinkunft der beiden Gewalten im Jahre 1858 wurde eine « commission de surveillance » eingesetzt; « en cas de vente ou d'échange d'immeubles... elle donne son préavis aux autorités supérieures » und bestimmt, daß « aucune aliénation des biens ecclésiastiques ne pourra avoir lieu qu'avec l'approbation des deux autorités supérieures ¹⁾. » Die Veräußerung des Stiftsgutes des Kapitels St. Nikolaus wurde an die Genehmigung der vorgesezten Behörde (commission de surveillance mixte) gebunden ²⁾: « aucune aliénation des biens du chapitre de la mense capitulaire et de tous les bénéfices curiaux ou fondations y annexés, ne pourra avoir lieu qu'avec l'approbation des autorités compétentes. »

Die Bestimmungen über die Veräußerungen von Kirchengut wurden in einem Cirkular an die Notare zusammengefaßt wie folgt ³⁾:

« La mense épiscopale, le Séminaire et les autres fondations ayant une destination spéciale (§ 1 de la convention du 23 avril 1858)... ne peuvent constituer hypothèque.... vendre ou échanger des immeubles, que munies d'une autorisation spéciale du Conseil d'Etat. En sont toutefois exceptés les biens de la fondation Féguely, dont le R^{me} Evêque diocésain est seul administrateur, en vertu du testament du donateur, du 7 décembre 1837.

Les monastères rentrés dans l'administration de leur biens par l'arrêté du 3 décembre 1858 ne peuvent de même se livrer à aucun des actes prémentionnés, sans l'autorisation expresse du Conseil d'Etat.

L'autorisation du Conseil d'Etat, en ce qui concerne l'autorité civile, est pareillement requise pour toute aliénation... d'immeubles, constitution d'hypothèques etc. de la part du Vén. Chapitre de St-Nicolas, et des différentes fondations énumérées aux art. 1 et 10 de l'arrêté du 25 août 1858 (Bulletin XXXII.)

¹⁾ Bulletin XXXII, p. 39.

²⁾ Bulletin XXXII, p. 73.

³⁾ Bulletin XXXII, p. 240 ff. (31. Oktober 1859).

La commission de surveillance des biens du Vén. Chapitre devra être munie d'une semblable autorisation pour agir au nom des bénéfices annexés à la mense capitulaire. (Bulletin XXXII, p. 242).

Tous les autres bénéfices ecclésiastiques du canton devront produire, en conformité des art. 8, litt. 9 et 10 de la convention du 23 avril 1858, une autorisation spéciale du Conseil d'Etat, jointe à celle qui leur aurait été délivrée par le R^me Evêque diocésain.

Si toutefois, il s'agit d'immeubles devenus la propriété du bénéfice par voie d'investiture ou de collocation, il leur suffira, pour en opérer la vente, qui devra toujours être précédée d'enchères publiques, de produire un acte d'adhésion de leur commune ou paroisse respective. »

Den Bestimmungen über Veräußerung von Immobilien fügte die Diözesangesezgebung eine Verordnung über den Verkauf von Mobilien zu ¹⁾: Parochis et ecclesiarum rectoribus omnino prohibemus, ne res antiquitate vel artificio pretiosas ad ecclesiam pertinentes, ut libros manuscriptos, imagines, ornamenta texta denticulata (garnitures) vel serica, vitra picta (vitraux), armaria, calices etc. vendere aut alienare praesumant absque nostra speciali licentia. »

Diese beiden Bestimmungen bilden über die Veräußerung von Kirchenvermögen heute geltendes Recht.

¹⁾ Statuta dioecisana seu Constitutiones synodales a C. Mermilod ep. Laus. et Geb. edita. Friburgi Helvet. 1885, pars II, § 1.